

Erläuterungen zum Vorschlag für eine Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor

Mit dieser Erläuterung sollen das Ziel und der Umfang der vorgeschlagenen Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (im Folgenden „Verordnung (EU) Nr. 1408/2013“) dargelegt werden. Sie ist der Konsultation zu dem Vorschlag, die bis zum 21. Juli 2024 läuft, beigefügt.

Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Behörden sind aufgerufen, zu der vorgeschlagenen Änderung Stellung zu nehmen.

Die Interessenträger werden gebeten, ihre Stellungnahmen in elektronischer Form zu übermitteln und eindeutig anzugeben, ob ihre Antwort vertraulich ist. Wenn dies der Fall ist, sollte auch eine nichtvertrauliche Fassung der Antwort übermittelt werden, die auf der Website der GD Wettbewerb veröffentlicht werden kann.

1. Hintergrund

„De-minimis-Beihilfen“ sind Beihilfen, die so niedrig sind, dass davon ausgegangen werden kann, dass sie den Wettbewerb nicht verfälschen oder den Handel zwischen Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigen. De-minimis-Beihilfen gelten daher nicht als staatliche Beihilfe. Aufgrund des begrenzten Betrags sieht die De-minimis-Verordnung für diese Unterstützung Ausnahmen von der Beihilfenkontrolle vor.

Die Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 gilt für De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die in der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätig sind. In den letzten Jahren war der europäische Agrarsektor mit Inflationsdruck und hohen Rohstoffpreisen konfrontiert.

Am 18. April 2024 forderte der Europäische Rat die Kommission auf, sich weiter mit der Möglichkeit zu befassen, „die Obergrenze für De-minimis-Beihilfen für die Landwirtschaft anzuheben“.

Im Allgemeinen überprüft die Kommission die Beihilfenvorschriften regelmäßig und passt sie an die Dynamik des Binnenmarkts an. Die geltenden De-minimis-Regeln laufen am 31. Dezember 2027 aus. Angesichts der dargelegten Elemente hält es die Kommission jedoch für angemessen, ihre Überarbeitung zu beschleunigen.

2. Vorgeschlagene Änderung

Die Änderung betrifft zwei Hauptaspekte: i) die De-minimis-Höchstbeträge und ii) die Transparenzanforderungen.

Höchstbetrag für De-minimis-Einzelbeihilfen

Seit 2019 liegt der Höchstbetrag für De-minimis-Einzelbeihilfen bei 20 000 EUR pro Unternehmen über einen Zeitraum von drei Steuerjahren. Die Mitgliedstaaten können einen Höchstbetrag von 25 000 EUR je Unternehmen im selben Zeitraum festlegen, sofern sie ein Zentralregister der De-minimis-Beihilfen einrichten.

Im Einklang mit der Rechtsprechung der Unionsgerichte kann die Kommission die Höchstbeträge nur dann anheben, wenn keine Gefahr einer Verzerrung von Wettbewerb und

Handel besteht. Daher ist der Ermessensspielraum der Kommission bei der Festsetzung der De-minimis-Höchstbeträge begrenzt.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Kommission vor, den Höchstbetrag für Einzelbeihilfen auf 37 000 EUR anzuheben. Der Betrag wird auf der Grundlage der tatsächlichen Inflation seit der letzten Überarbeitung der Verordnung im Jahr 2019 gemäß [Eurostat-HVPI-Daten](#)¹ und für die Zukunft – soweit verfügbar – auf der Grundlage der prognostizierten Inflation gemäß einer Prognose der Europäischen Kommission (2024 und 2025)² sowie auf der Grundlage des Inflationsziels der EZB für die verbleibenden Jahre bis zum vorgeschlagenen Ende der Geltungsdauer der Verordnung (31.12.2032) berechnet.

Nationale Obergrenze

Neben dem Höchstbetrag für De-minimis-Einzelbeihilfen sieht die Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 auch eine kumulative Obergrenze für De-minimis-Beihilfen je Mitgliedstaat vor (sogenannte „nationale Obergrenze“). Diese Obergrenze ist auf 1,25 % des Durchschnitts der drei höchsten Werte der jährlichen landwirtschaftlichen Erzeugung zwischen 2012 und 2017 festgesetzt. Wenn ein Mitgliedstaat ein Zentralregister für De-minimis-Beihilfen eingerichtet hat, wird die nationale Obergrenze stattdessen auf 1,5 % des Durchschnitts der drei höchsten Werte der jährlichen landwirtschaftlichen Erzeugung zwischen 2012 und 2017 festgesetzt.

Um die nationalen Obergrenzen anzupassen, schlägt die Kommission vor, den für die Berechnung berücksichtigten Zeitraum auszuweiten, d. h. die Berechnung auf die Werte der Jahre 2012–2023 zu stützen.

Angesichts der Einführung eines obligatorischen De-minimis-Registers (siehe unten) schlägt die Kommission vor, einen einzigen individuellen Schwellenwert und eine nationale Obergrenze festzulegen, deren Berechnung auf der gleichen Methode beruht, die derzeit für die Berechnung der nationalen Obergrenze in Mitgliedstaaten angewandt wird, die ein Zentralregister eingerichtet haben. Daher ist diese vorgeschlagene überarbeitete nationale Obergrenze auf 1,5 % des Durchschnitts der drei höchsten Werte der jährlichen landwirtschaftlichen Erzeugung zwischen 2012 und 2023 festgesetzt. Für die nationale Obergrenze für das Vereinigte Königreich in Bezug auf Nordirland wird derzeit aufgrund der Verfügbarkeit der Daten der Zeitraum 2012–2022 berücksichtigt.

Für die Bewertung der Einhaltung des De-minimis-Höchstbetrags berücksichtigter Zeitraum

Die Kommission schlägt vor, die Berechnung an die Vorgaben der Verordnung (EU) 2023/2832 anzupassen und den kumulierten Gesamtbetrag über einen Zeitraum von drei Jahren – anstelle der derzeitigen Grundlage eines Zeitraums von drei Steuerjahren – zu berechnen.

Transparenz

¹ Von Eurostat unter

https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tec00118/default/table?lang=de&category=t_prc.t_prc_hic veröffentlichte Daten (abgerufen am 3.6.2024).

² Frühjahrsprognose 2024 der Europäischen Kommission, veröffentlicht unter https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/spring-2024-economic-forecast-gradual-expansion-amid-high-geopolitical-risks_en#:~:text=Activity%20in%20the%20euro%20area,0.8%25%20in%20the%20euro%20area (abgerufen am 3.6.2024) zur Inflationsprognose in der EU.

In Bezug auf die Transparenzanforderungen können die Mitgliedstaaten derzeit wählen, ob sie ein De-minimis-Register einrichten oder eine Eigenerklärung der Empfänger einholen. Die Eignungsprüfung von 2019 hat jedoch ergeben, dass dieses System nicht zufriedenstellend ist und verbessert werden könnte. Im Einklang mit der kürzlich überarbeiteten Verordnung (EU) 2023/2831 schlägt die Kommission daher vor, ein obligatorisches Register einzurichten. Dies wird die Transparenz für die Interessenträger und die Mitgliedstaaten erhöhen und den Verwaltungsaufwand für Unternehmen verringern, die derzeit ein Eigenerklärungssystem verwenden.

3. Folgenabschätzung

Die Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 wurde 2019 einer Folgenabschätzung unterzogen. Der Umfang der derzeitigen Überarbeitung beschränkt sich auf technische Anpassungen, insbesondere die Anpassung der Obergrenzen an die Inflation und die Anpassung der Verordnung an die jüngste Änderung der Verordnung (EU) 2023/2831. Demzufolge ist keine Folgenabschätzung erforderlich.